

STATUTEN der IG Kultur Österreich - Interessensgemeinschaft der freien Kulturarbeit (2016)

§ 1. Name, Sitz und Tätigkeitsbereich

- (1) Der Verein führt den Namen **IG Kultur Österreich - Interessensgemeinschaft der freien Kulturarbeit**.
- (2) Er hat seinen Sitz in Wien und erstreckt seine Tätigkeit auf ganz Österreich und darüber hinaus.
- (3) Die Errichtung von Zweigvereinen ist möglich.

§ 2. Ziel und Zweck des Vereines

Der Verein, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn ausgerichtet ist, hat den Zweck der Wahrung, Vertretung, Zusammenfassung und Förderung der Interessen der Kulturstätten, Kulturinitiativen, freien Medieninitiativen, Jugend- und MigrantInnenorganisationen im Kulturbereich, KulturveranstalterInnen und KulturvermittlerInnen Österreichs, die sich als unabhängig und selbstbestimmt im Sinne des § 7.2 c und e verstehen.

Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Bundesabgabenordnung BAO §§ 34.

§ 3. Ideelle Mittel zur Erreichung des Vereinszweckes

Der Vereinszweck soll durch folgende ideelle Mittel erreicht werden:

- (1) Vorträge und Versammlungen, Diskussionsveranstaltungen, Arbeitskreise, Konzerte, sonstige zielrelevante Veranstaltungen etc.
- (2) Aktive Einflussnahme auf alle im Sinne der Interessen und Aktivitäten der Mitglieder relevanten Gesetzgebungen, Erlässe, Verordnungen.
- (3) Vertretung in öffentlichen Körperschaften, Institutionen, Beiräten etc. und Wahrnehmung eines allgemein politischen, insbesondere kulturpolitischen Mandats.
- (4) Sammlung, Dokumentation und Verbreitung fachlich einschlägiger Materialien.
- (5) Ständige Öffentlichkeitsarbeit, Informations- und Beratungstätigkeit.
- (6) Einrichtung eines Gerätebestandes.
- (7) Planung und Durchführung kultureller Veranstaltungen und Symposien.
- (8) Durchführung von Seminaren und Ausbildungen.
- (9) Veranstaltungen und Tätigkeiten im Sinne der Erwachsenenbildung
- (10) Herausgabe von periodischen Publikationen.
- (11) Initiierung und Durchführung von kulturellen Forschungsprojekten.
- (12) Ausschreibung und Durchführung von Wettbewerben, Stipendien und Preisen

§ 4. Materielle Mittel zur Erreichung des Vereinszweckes

- (1) Mitgliedsbeiträge und Beitrittsgebühren
- (2) Erträge aus vereinseigenen Veranstaltungen lt. § 3, Unternehmungen und Vermögensbeständen
- (3) Subventionen und öffentliche sowie private Förderungen
- (4) Spenden, Geschenke, Sammlungen, Vermächtnisse und sonstige Zuwendungen.
- (5) Sponsoring, Werbeeinnahmen aus Veranstaltungen und Publikationen
- (6) Erträge aus dem Verkauf eigener Publikationen

§ 5. Beteiligung an juristischen Personen

Zur Erreichung des Vereinszweckes kann sich die IG Kultur Österreich an Personen- und Kapitalgesellschaften sowie anderen juristischen Personen beteiligen. Die Beschlussfassung über eine solche Beteiligung obliegt dem Vorstand.

§ 6. Arten der Mitgliedschaft

- (1) Die Mitglieder des Vereines unterteilen sich in ordentliche, außerordentliche, fördernde und Ehrenmitglieder.
- (2) Ordentliche Mitglieder des Vereines können nur juristische Personen und Personenzusammenschlüsse werden, die die Kriterien lt. § 7.2 erfüllen. Weiters sind ordentliche Mitglieder IG-Länder/Regionalvertretungen im Sinne des § 18.1. Über deren Aufnahme entscheidet ebenfalls der Vorstand.
- (3) Außerordentliche Mitglieder sind Einzelpersonen, die projektbezogen kulturelle Arbeit leisten oder Interessensgemeinschaften sowie Vereine, Personenzusammenschlüsse und andere Organisationen, die ihre Haupttätigkeit im Kulturbereich haben, auch wenn sie nicht den in § 7.2 festgelegten Kriterien entsprechen.

- (4) Fördernde Mitglieder sind Personen und Organisationen, die die Vereinstätigkeit vor allem durch Zahlungen fördern.
- (5) Ehrenmitglieder sind Personen, die hierzu wegen besonderer Verdienste um den Verein ernannt wurden.

§ 7. Erwerb der Mitgliedschaft /Kriterien der Mitgliedschaft

- (1) Über die Aufnahme von ordentlichen und außerordentlichen Mitgliedern entscheidet der Vorstand. Eine Verweigerung der Aufnahme muss begründet werden. Eine Berufung seitens der AufnahmerBerInnen an die Generalversammlung ist möglich.
- (2) Als Kriterien für die Zuerkennung der ordentlichen Mitgliedschaft gelten folgende Richtlinien, denen seitens der Mitglieder in überwiegender oder zumindest tendenzieller Weise bei der Ausübung autonomer Kulturarbeit entsprochen werden sollte:
 - a) Kontinuierliche Arbeit
 - b) Kulturpolitische Modellhaftigkeit der Arbeit
 - c) Statutarische Unabhängigkeit von Einrichtungen der öffentlichen Hand, Körperschaften öffentlichen Rechts, Gebietskörperschaften, Kirchen, Parteien
 - d) Gemeinnütziges Arbeiten im Sinne der BAO § 34 ff
 - e) Selbstbestimmte Gebarung und Durchführung der Kulturarbeit
 - f) Suchen und Einbringen neuer Ideen auf den Gebieten der Kulturproduktion und Kulturvermittlung
 - g) Bemühung um Publikumsschichten, die von bestehenden Kultureinrichtungen nicht erreicht werden oder Alternativen suchen
 - h) Schwerpunkt des Zeitgenössischen in Kunst und Kultur
 - i) Wahrnehmung von Projekten zur Überbrückung der Kluft zwischen Kulturschaffenden und Publikum
 - j) Aufgreifen von sozio-kulturellen und animatorischen Aufgabenstellungen
- (3) Über die Aufnahme von Fördermitgliedern entscheidet die Geschäftsführung.
- (4) Die Ernennung zum Ehrenmitglied erfolgt auf Antrag des Vorstandes durch die Generalversammlung.

§ 8. Beendigung der Mitgliedschaft

- (1) Die ordentliche und außerordentliche Mitgliedschaft erlischt bei juristischen Personen und Personenzusammenschlüssen durch Auflösung bzw. durch freiwilligen Austritt, durch Streichung und durch Ausschluss, bei physischen Personen durch freiwilligen Austritt, Streichung, Ausschluss oder Tod.
- (2) Der Austritt kann jederzeit schriftlich erfolgen und wird sofort mit Meldung an die Geschäftsstelle wirksam.
- (3) Die Streichung eines ordentlichen oder außerordentlichen Mitgliedes kann der Vorstand vornehmen, wenn dasselbe trotz zweimaliger Mahnung länger als 12 Monate mit der Zahlung des Mitgliedsbeitrages im Rückstand ist.
- (5) Die Verpflichtung zur Zahlung fällig gewordener Mitgliedsbeiträge bleibt hiervon unberührt.
- (6) Der Ausschluss eines Mitgliedes aus dem Verein kann vom Vorstand wegen grober Verletzung der Mitgliedspflichten und wegen unehrenhaften Verhaltens verfügt werden. Gegen Ausschluss ist die Berufung an die Generalversammlung zulässig, bis zu deren Entscheidung die Mitgliedsrechte ruhen.
- (7) Die Aberkennung der Ehrenmitgliedschaft kann aus den im vorigen Absatz genannten Gründen von der Generalversammlung über Antrag des Vorstandes beschlossen werden.
- (8) Die Fördermitgliedschaft erlischt automatisch mit Jahresende.

§ 9. Rechte und Pflichten der Mitglieder

- (1) Die ordentlichen und außerordentlichen Mitglieder sind berechtigt, zu allen Veranstaltungen des Vereines VertreterInnen zu entsenden. Die ordentlichen Mitglieder sind weiters berechtigt, durch ihre VertreterInnen Anträge zur Tagesordnung der Generalversammlung zu stellen.
- (2) Die Mitglieder sind verpflichtet, die Interessen des Vereines nach Kräften zu fördern und alles zu unterlassen, wodurch das Ansehen und der Zweck des Vereines Abbruch erleiden könnte. Sie haben die Vereinsstatuten und die Beschlüsse der Vereinsorgane zu beachten. Die ordentlichen und außerordentlichen Mitglieder sind zur pünktlichen Zahlung der Mitgliedsbeiträge in der von der Generalversammlung jeweils beschlossenen Höhe verpflichtet.
- (3) Das Stimmrecht in der Generalversammlung sowie das aktive und passive Wahlrecht steht allen VertreterInnen der ordentlichen Mitglieder zu. Das passive Wahlrecht wird auf Vorschlag eines ordentlichen Mitglieds auch auf außerordentliche Mitglieder der IG Kultur Österreich ausgedehnt.

§ 10. Vereinsorgane

Organe des Vereines sind die Generalversammlung (§§ 11 und 12), der Vorstand (§§ 13-15), der/die RechnungsprüferInnen (§ 16), die Geschäftsführung (§17), die Ländervertretung (§ 18), das Schiedsgericht (§ 20), und im Falle seiner Einsetzung der Fachbeirat (§ 19).

§ 11. Die Generalversammlung

Die Generalversammlung ist das oberste Organ des Vereines.

- (1) Die ordentliche Generalversammlung findet mindestens einmal pro Jahr statt.
- (2) Eine außerordentliche Generalversammlung hat auf Beschluss des Vorstandes oder der ordentlichen Generalversammlung, auf schriftlich begründeten Antrag von mindestens 10% der ordentlichen Mitglieder oder auf Verlangen beider RechnungsprüferInnen binnen acht Wochen stattzufinden.
- (3) Sowohl zu den ordentlichen als auch den außerordentlichen Generalversammlungen sind alle Teilnahme- und Stimmberechtigten mindestens vier Wochen vor dem Termin schriftlich einzuladen. Die Anberaumung der Generalversammlung hat unter Angabe einer vorläufigen Tagesordnung zu erfolgen. Die Einberufung erfolgt durch den Vorstand.
- (4) Anträge zur Tagesordnung der Generalversammlung sind mindestens 2 Wochen vor dem Termin der Generalversammlung beim Vorstand der IG Kultur schriftlich einzureichen. Der Vorstand hat diese Anträge den Mitgliedern rechtzeitig vor der Generalversammlung zukommen zu lassen. Kandidaturen für den Vorstand sind mindestens 2 Wochen vor dem Termin der Generalversammlung schriftlich einzubringen. Sollten nicht genügend Kandidaturen einlangen, um alle Vorstandsfunktionen zu besetzen, oder sollten nicht genügend KandidatInnen die notwendige Stimmenmehrheit erhalten, können von der tagenden Generalversammlung noch KandidatInnen nominiert und gewählt werden.
Die Verteilung der Vorstandsfunktionen obliegt dem neugewählten Vorstand, er hat diese der tagenden Generalversammlung nach der Wahl mitzuteilen.
- (5) Gültige Beschlüsse - ausgenommen solche über einen Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung - können nur zur Tagesordnung gefasst werden.
- (6) Bei der Generalversammlung sind alle VertreterInnen im Sinne des § 9 teilnahme- bzw. stimmberechtigt. Jedes ordentliche Mitglied hat eine Stimme. Die Übertragung der Stimmberechtigung auf eine/n StellvertreterIn im Wege einer schriftlichen Bevollmächtigung ist zulässig, wobei jede/r anwesende Stimmberechtigte maximal eine Vollmacht übernehmen darf. Jede/r anwesende Stimmberechtigte darf maximal zwei Stimmen abgeben. Die Generalversammlung ist ohne Rücksicht auf die Anzahl der Erschienenen beschlussfähig.
- (7) Die Wahlen und die Beschlussfassungen in der Generalversammlung erfolgen in der Regel mit Stimmenmehrheit (50% + 1) der anwesenden Stimmberechtigten. Beschlüsse jedoch, mit denen die Statuten des Vereines geändert oder der Verein aufgelöst werden sollen, bedürfen einer qualifizierten Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen gültigen Stimmen.
- (8) Den Vorsitz in der Generalversammlung führt der/die Obmann/frau, bei dessen/deren Verhinderung der/die StellvertreterIn. Wenn auch diese/r verhindert ist, führt das an Jahren älteste anwesende Vorstandsmitglied den Vorsitz.

§ 12. Aufgabenkreis der Generalversammlung

Der Generalversammlung sind folgende Aufgaben vorbehalten:

- (1) Entgegennahme und Genehmigung des Rechenschaftsberichtes und des Rechnungsabschlusses.
- (2) Beschlussfassung über den Voranschlag.
- (3) Bestellung und Enthebung der Mitglieder des Vorstandes und der RechnungsprüferInnen.
- (4) Festsetzung der Höhe der Mitgliedsbeiträge für ordentliche und außerordentliche Mitglieder.
- (5) Verleihung und Aberkennung der Ehrenmitgliedschaft
- (6) Entscheidung über Berufungen gegen Aufnahmeverweigerungen sowie gegen Ausschlüsse von der Mitgliedschaft.
- (7) Beschlussfassung über Statutenänderung und die freiwillige Auflösung des Vereines.
- (8) Beratung und Beschlussfassung über alle sonstigen auf der Tagesordnung stehenden Fragen.
- (9) Genehmigung von Rechtsgeschäften zwischen den RechnungsprüferInnen und dem Verein.

§ 13. Der Vorstand

- (1) Der Vorstand besteht aus vier bis neun Mitgliedern, und zwar aus dem/der Obmann/Obfrau, dem/der SchriftführerIn, dem/der KassierIn und einem/einer Obmann/Obfrau-StellvertreterIn. Die Generalversammlung, die Landesorganisationen und der Vorstand sind bemüht KandidatInnen so zu motivieren, dass möglichst alle 9 Bundesländer im Vorstand vertreten sind.

- (2) Der Vorstand wird von und aus der Generalversammlung gewählt und hat beim Ausscheiden eines gewählten Mitgliedes das Recht, an seiner Stelle ein anderes wählbares Mitglied zu kooptieren. Die nachträgliche Genehmigung ist der nächstfolgenden Generalversammlung einzuholen.
- (3) Die Funktionsdauer des Vorstandes beträgt im Regelfall zwei Jahre. Auf jeden Fall währt sie aber bis zur Wahl eines neuen Vorstandes, falls die Zweijahresfrist unterschritten oder um maximal 6 Monate überschritten wird.
Die Wiederwahl ist prinzipiell möglich, Vorstandsmitglieder dürfen die gleiche Vorstandsfunktion allerdings nur zwei Funktionsperioden ausüben.
- (4) Der Vorstand wird durch den/die Obmann/frau bei dessen/deren Verhinderung von seinem/seiner StellvertreterIn schriftlich oder mündlich einberufen.
- (5) Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn alle seine Mitglieder eingeladen wurden und mindestens drei davon anwesend sind.
- (6) Der Vorstand fasst seine Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit; bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des/der Vorsitzenden den Ausschlag.
- (7) Den Vorsitz führt der/die Obmann/frau, bei Verhinderung sein/seine StellvertreterIn.
- (8) Außer durch Tod und Ablauf der Funktionsperiode (siehe Abs. 3) erlischt die Funktion eines Vorstandsmitgliedes durch Enthebung (Abs.9) und Rücktritt (Abs.10).
- (9) Die Generalversammlung kann bei Vorliegen schwerwiegender Gründe den Vorstand oder einzelne seiner Mitglieder entheben.
- (10) Die Vorstandsmitglieder können jederzeit schriftlich ihren Rücktritt erklären. Die Rücktrittserklärung ist an den Vorstand, im Falle des Rücktritts des gesamten Vorstandes an die Generalversammlung zu richten. Der Rücktritt wird erst durch Wahl bzw. Kooptierung (siehe Abs. 2) eines/einer Nachfolgers/in wirksam.
- (11) Fällt der Vorstand ohne Selbstergänzung durch Kooptierung überhaupt oder auf unvorhersehbar lange Zeit aus, ist jede/r RechnungsprüferIn verpflichtet, unverzüglich eine außerordentliche Generalversammlung zum Zweck der Neuwahl eines Vorstandes einzuberufen. Sollten auch die RechnungsprüferInnen handlungsunfähig oder nicht vorhanden sein, hat jedes ordentliche Mitglied, das die Notsituation erkennt, unverzüglich die Bestellung einer/s KuratorIn/s beim zuständigen Gericht zu beantragen, die/der umgehend eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen hat.

§ 14. Aufgabenkreis des Vorstandes

Dem Vorstand obliegt die Leitung des Vereines. Ihm kommen alle leitenden und durchführenden Aufgaben zu, die nicht durch die Statuten einem anderen Vereinsorgan zugewiesen sind. In seinen Wirkungsbereich fallen insbesondere folgende Angelegenheiten:

- (1) Erstellung des Jahresprogrammes und Jahresvoranschlags sowie Abfassung des Rechnungsberichtes und des Rechnungsabschlusses,
- (2) Vorbereitung der Generalversammlung,
- (3) Einberufung der ordentlichen und der außerordentlichen Generalversammlung,
- (4) Verwaltung des Vereinsvermögens,
- (5) Aufnahme, Ausschluss und Streichung von Vereinsmitgliedern,
- (6) Aufnahme und Kündigung von Angestellten des Vereines bzw. werkvertraglich für diesen tätige Personen,
- (7) Entsendung von Vorstandsmitgliedern oder anderer geeigneter Personen in außervereinliche Institutionen oder Gremien.
- (8) Der Vorstand kann eine Geschäftsführung (§ 17) einsetzen. Diese ist von den in § 15.1 genannten Personen mit den notwendigen Vollmachten auszustatten.
- (9) Beschlussfassung über Beteiligung an Personen- und Kapitalgesellschaften sowie anderen juristischen Personen.

§ 15 . Besondere Obliegenheiten der Vorstandsmitglieder

- (1) Der/die Obmann/frau ist der/die höchste Vereinsfunktionär/in. Ihm/ihr obliegt die Vertretung des Vereines, insbesondere nach außen, gegenüber Behörden und dritten Personen. Er/sie führt den Vorsitz in der Generalversammlung und im Vorstand. Bei Gefahr im Verzug ist er/sie berechtigt, auch in Angelegenheiten, die in den Wirkungsbereich der Generalversammlung oder des Vorstandes fallen, unter eigener Verantwortung selbständig Anordnungen zu treffen; diese bedürfen jedoch der nachträglichen Genehmigung durch das zuständige Vereinsorgan.
- (2) Der/die SchriftführerIn hat den/die Obmann/frau bei der Führung der Vereinsgeschäfte zu unterstützen.
- (3) Der/die Kassier/in ist für die ordnungsgemäße Geschäftsgebarung des Vereines verantwortlich.

- (4) Schriftliche Ausführungen und Bekanntmachungen des Vereines, insbesondere den Verein verpflichtende Urkunden, sind vom/von Obmann/frau und vom/von der Schriftführer/in zu unterfertigen, diese können aber auch gemeinsam die Geschäftsführung damit beauftragen. In Geldangelegenheiten sind alle schriftlichen Ausfertigungen vom/von der Obmann/frau und vom/von der Kassier/in gemeinsam zu unterfertigen. Der/die Obmann/frau und der/die Kassier/in können gemeinsam auch die Geschäftsführung damit beauftragen.
(Laufende Routinegebarung siehe jedoch §17.)
- (5) Die kulturpolitische und gewerkschaftliche Vertretung wird von allen Vorstandsmitgliedern sowie der Geschäftsführung gleichberechtigt ausgeübt.
- (6) Rechtsgeschäfte zwischen einzelnen Vorstandsmitgliedern und dem Verein bedürfen der Zustimmung des Vorstandes.
- (7) Im Falle der Verhinderung treten an die Stelle des/der Obmanns/frau sein/ihre StellvertreterIn, an die Stelle des/r SchriftführerIn/s und des/r KassierIn/s ein anderes Vorstandsmitglied.

§ 16. Die RechnungsprüferInnen

- (1) Die zwei RechnungsprüferInnen werden von der Generalversammlung auf die Dauer von zwei Jahren gewählt. Die Wiederwahl ist möglich.
- (2) Den RechnungsprüferInnen obliegt die laufende Geschäftskontrolle und die Überprüfung des Rechnungsabschlusses. Sie haben der Generalversammlung über das Ergebnis der Überprüfung zu berichten.
- (3) Im übrigen gelten für die RechnungsprüferInnen die Bestimmungen über Bestellung, Rücktritt und Enthebung der Organe (§ 13 Abs. 3, 8, 9 und 10) sinngemäß.

§ 17. Die Geschäftsführung

- (1) Der Vorstand hat die Bestellung der MitarbeiterInnen der Geschäftsführung so zu veranlassen, dass eine optimale Erfüllung der Vereinsaufgaben gewährleistet ist.
- (2) Der/die GeschäftsführerIn hat das Vereinsbüro zu leiten und ist für die Abwicklung der laufenden Geschäfte des Vereines gemäß den Weisungen des Vorstandes verantwortlich.
- (3) Der/die Obmann/frau, der/die Schriftführer/in und der/die Kassier/in können die Geschäftsführung mit der Vertretung nach außen in allen Angelegenheiten bevollmächtigen, in diesem Fall ist der Name der Geschäftsführerin /des Geschäftsführers an die Vereinsbehörde zu melden.

§ 18 Die Ländervertretung

- (1) Landesorganisationen sind landesweite kulturpolitische und gewerkschaftliche Interessenvertretungen von Kulturinitiativen, die den Kriterien des § 7.2 c entsprechen.
- (2) Die Landesorganisationen entsenden jeweils zwei physische Personen in die Ländervertretung. Die Ländervertretung besteht daher aus maximal 18 Mitgliedern.
- (3) Die Aufgaben der Ländervertretung sind:
 - Informationsaustausch mit dem Vorstand und untereinander,
 - Förderung der Kommunikation zwischen der IG Kultur Österreich und den bestehenden Länderver- und Regionalvertretungen,
 - Abstimmung und Koordination politischer Ziele
 - Koordination der Leistungsangebote.
- (4) Die Mitglieder der Ländervertretung sind berechtigt, insgesamt bis zu drei weitere Personen in die Ländervertretung als beratende Mitglieder aufzunehmen. Diesen Mitgliedern kommt kein Stimmrecht in der Ländervertretung zu.
- (5) Festlegung einer für die Tätigkeit der Ländervertretung gültigen Geschäftsordnung: Die erste Beschlussfassung der Geschäftsordnung erfolgt mit einer 2/3 Mehrheit der Ländervertretung. Weitere Änderungen sind in der Geschäftsordnung geregelt.

§ 19. Der Fachbeirat

Dem Vorstand kann bei Bedarf ein Fachbeirat für organisatorische, künstlerische, wissenschaftliche, politische und sonstige relevante Fragestellungen zur Seite gestellt werden. Die Bestellung in den Fachbeirat und die Anzahl seiner Mitglieder wird durch den Vorstand festgelegt. Die Funktion des Fachbeirates fällt zeitlich mit der Funktionsdauer des Vorstandes zusammen. Der Fachbeirat hat grundsätzlich beratende Funktion.

§ 20. Das Schiedsgericht

- (1) In allen das Vereinsrecht betreffenden Streitigkeiten entscheidet das Schiedsgericht.
- (2) Das Schiedsgericht setzt sich aus fünf Teilnahme- und Stimmberechtigten der Generalversammlung zusammen. Es wird derart gebildet, dass jeder Streitteil (VertreterInnen juristischer und physischer Mitglieder) innerhalb von vierzehn Tagen dem Vorstand je zwei Teilnahme- und Stimmberechtigte der Generalversammlung als SchiedsrichterInnen namhaft macht. Diese wählen mit Stimmenmehrheit eine/n Vorsitzende/n des Schiedsgerichtes aus dem Kreise der anderen Teilnahme- und Stimmberechtigten der Generalversammlung. Bei Stimmengleichheit entscheidet unter den Vorgeschlagenen das Los.
- (3) Das Schiedsgericht fällt seine Entscheidung bei Anwesenheit aller seiner Mitglieder mit einfacher Stimmenmehrheit. Es entscheidet nach bestem Wissen und Gewissen. Seine Entscheidungen sind vereinsintern endgültig. Das Schiedsgericht ist kein Schiedsgericht nach §§ 577 ZPO (Zivilprozessordnung).

§ 21. Auflösung des Vereines

- (1) Die freiwillige Auflösung des Vereines kann nur in einer zu diesem Zweck einberufenen außerordentlichen Generalversammlung und nur mit Zweidrittelmehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen beschlossen werden.
- (2) Diese Generalversammlung hat auch - sofern Vereinsvermögen vorhanden ist - über die Liquidation zu beschließen. Insbesondere hat sie eine/n Liquidator/in zu berufen und Beschluss darüber zu fassen, wem diese/r das nach Abdeckung der Passiva verbleibende Vereinsvermögen zu übertragen hat. Dieses soll, soweit möglich und erlaubt, einem Verein oder einer Organisation zufallen, der bzw. die gemeinnützig im Sinne der BAO §§ 34 ist und gleiche oder ähnliche gemeinnützige Zwecke wie die IG Kultur Österreich verfolgt. Es darf keine Ausschüttung von Vereinsvermögen an Mitglieder erfolgen, allfällige geleistete Einlagen werden jedoch zurückerstattet.
- (3) Der letzte Vereinsvorstand hat die freiwillige Auflösung der zuständigen Behörde schriftlich anzuzeigen und die Veröffentlichung in einem amtlichen Blatt zu veranlassen.
- (4) Bei Wegfall des gemeinnützigen Zweckes der IG Kultur Österreich gelten dieselben Bestimmungen wie in §21 (2).